

Abwesend:

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Frau Christina Karvounidou	CDU
Ratsfrau Margarete Rehm	CDU
Ratsherr Ulrich Siebensohn	CDU
Frau Hanni Bethke	SPD

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Frau Mona Afifi	FRL
-----------------	-----

Beginn: 16:15 Uhr

Ende: 17:20 Uhr

1. **Öffentliche Fragestunde**

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor.

2. **Zuschüsse an ausländische Vereine**
Vorlage: 351/2003

Beschluss:

Die Veranstaltung wird mit 102,00 EUR bezuschusst

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 14
Nein-Stimmen:
Enthaltungen: 1

3. **Beratung des Haushaltsplans 2004**

Zu Beginn dieses Tagesordnungspunktes teilt Herr Dr. Schröder mit, dass das in 2001 aufgestellte Haushaltssicherungskonzept für 2004 vorsieht, dass bei den beiden Beratungsstellen für Suchtkranke und für Asylbewerber Kürzungen vorzunehmen sind. Nach intensiven Gesprächen mit dem Träger hat man sich auf eine Kürzung in Höhe von 10 % statt der vorgesehenen 20 % geeinigt. Gleiches gilt auch für die Altentagesstätte des DRK. Durch die Verringerung der Kürzung ist gewährleistet, dass die Träger ihre Arbeit vorsetzen können. Ferner wird mitgeteilt, dass die Haushaltsstellen Institutionelle Förderung des Selbsthilfehauses und Förderung des Ehrenamtes aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung zusammengefasst worden sind.

Der in der Sitzung vorgelegte Antrag der Lüdenscheider Liste soll im Ausschuss für Beteiligungen, Organisation und Finanzen behandelt werden. Eine Kopie die-

ses Antrages wird dem Protokoll als Anlage zur Kenntnisnahme für die Mitglieder des Sozial- und Seniorenausschusses beigelegt.

Anschließend treten die Ausschussmitglieder unter Berücksichtigung der Änderungsliste in die Beratungen des Haushalts 2004 ein.

Der Vorsitzende fragt zu Beginn der Beratungen, ob sich hinsichtlich des wirtschaftlicheren Umgangs bei Wasser, Strom usw. in den städt. Übergangsheimen haushaltsplanrelevante Dinge ergeben haben, die innerhalb der Haushaltsplanberatungen mitberücksichtigt werden müssen. Herr Burghof teilt hierzu mit, dass die entsprechenden Berechnungen mit den aktuellen Zahlen erfolgt sind.

Herr Eick stellt für die Fraktion der SPD den Antrag auf Einrichtung einer Haushaltsstelle über 10.000,00 €, um im nächsten Jahr die in der letzten Sitzung des Sozial- und Seniorenausschusses beschlossene Seniorenbefragung durchführen zu können. Ratsfrau Meyer teilt hierzu mit, dass die Verwaltung beauftragt worden ist, das notwendige, organisatorische für eine solche Befragung in die Wege zu leiten. Da bereits in der letzten Sitzung darauf hingewiesen worden ist, dass hierfür im Haushalt keine Mittel zur Verfügung gestellt werden können, sollte versucht werden, für diesen Zweck Sponsoren zu finden.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

Der Antrag wird mit 6 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Hinsichtlich der Nachfrage zu den Bearbeitungszeiten der Wohngeldanträge wird die Verwaltung gebeten, zur nächsten Hauptausschusssitzung einen entsprechenden Bericht vorzulegen.

Zu der Erhöhung des Ansatzes bei der Haushaltsstelle 1.410.7120.3 „Finanzierungsbeitrag an den Sozialhilfeleistungen des MK als örtlicher Sozialhilfeträger“ teilt die Verwaltung mit, dass die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe derzeit noch Gegenstand der Verhandlungen im Vermittlungsausschuss ist. Da noch kein entsprechendes Gesetz in Kraft ist, wurde bei der Ermittlung des vorbezeichneten Haushaltsansatzes die bisherige Regelung zu Grunde gelegt. Eine Aussage zum Umfang einer möglichen Entlastung kann derzeit nicht getroffen werden. Die Steigerung ist auf die gestiegenen Fallzahlen zurückzuführen.

Herr Dlugi stellt den Antrag den Ansatz bei der Haushaltsstelle 1.470.7181.7 „Zuschuss an die Sozialverbände (KOF)“ um 1.500,00 € auf 10.000,00 € zu erhöhen, da die Beratungen im Bereich der Grundsicherung, Rente usw. umfangreicher geworden sind und finanziert werden müssen.

Der Antrag wird mit 6 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Ratsfrau Kasdanastassi stellt den Antrag, den Ansatz bei der Haushaltsstelle 1.471.7187.0 „Institutionelle Förderung Selbsthilfehaus und Förderung des Ehrenamtes“ von 25.772,00 € auf 35.000,00 € zu erhöhen. Ferner wird um Erläuterung gebeten, warum der Ansatz insgesamt gesunken ist. Frau Kießig teilt mit, dass die beiden Haushaltsstellen zusammengelegt worden sind. Der ursprüngliche Ansatz für die Institutionelle Förderung des Selbsthilfehauses wurde für 2004 aufgrund des Haushaltssicherungskonzeptes um 20 % gekürzt.

Nach intensiver Diskussion lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen.

Der Antrag wird mit 6 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Im Rahmen der Beratungen zum Unterabschnitt 485 „Vollzug des Grundsicherungsgesetzes“ bittet Herr Dlugi die Verwaltung, im 1. Halbjahr 2004 einen Bericht zur Thematik Grundsicherung, Auswirkung auf die Stadt Lüdenscheid usw.

vorzulegen.

Nach den Erläuterungen zur Haushaltsstelle 1.498.7804.1 „Freiwillige Leistungen an Aussiedler und Zuwanderer“ durch die Verwaltung, stellt Herr Ameln den Antrag, dass der Haushaltsansatz von 2.400,00 € auf 500,00 € gekürzt wird. Dieser Antrag wird mit 1 Ja-Stimme, 14 Nein-Stimmen abgelehnt.

Anschließend lässt der Vorsitzende unter Berücksichtigung der Änderungsliste über den Verwaltungshaushalt abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 8
Nein-Stimmen: 6
Enthaltungen: 1

Im Anschluss wird über den Vermögenshaushalt abgestimmt. Hier werden keine Erläuterungen der Verwaltung gewünscht.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 15
Nein-Stimmen:
Enthaltungen:

4. **Beratung des Investitionsprogramms 2004 - 2007**

Zu diesem Tagesordnungspunkt wird kein Vortrag von Seiten der Verwaltung gewünscht. Der Vorsitzende lässt über das Investitionsprogramm 2004 – 2007 abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 15
Nein-Stimmen:
Enthaltungen:

5. **Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen**

5.1. **Bekanntgaben**

keine

5.2. **Beantwortung von Anfragen**

5.2.1. **Sprechstunden der Wohlfahrtsverbände im Bürgeramt**

Seitens Herrn Burghof wird mitgeteilt, dass noch bis einschließlich Dezember d. J. diese Sprechstunden im Bürgeramt durchgeführt werden sollen. Aufgrund der geringen Nachfrage möchte man ab Januar 2004 diese Sprechstunden nicht weiterführen.

5.3. **Anfragen**

5.3.1. **Flyer für die Seniorenberatung**

Herr Ameln stellt die Anfrage, warum die bereits veröffentlichten Flyer der Seniorenberatung nicht den Mitgliedern des Sozial- und Seniorenausschuss zur Ansicht zur Verfügung gestellt worden sind.

Die Verwaltung gibt entsprechende Musterexemplare an die Ausschussmitglieder zur Ansicht und schlägt vor, dem Protokoll einen entsprechenden Satz Flyer beizufügen.

Vorsitzender

Schriftführer